

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/02/2013

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 22.04.2013,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 18:30 Uhr
Ende der Sitzung : 19:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg ab 18:40 Uhr
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller
Herr Michael Stukenberg beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Werner Segelken-Voigt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tobias Koch
Herr Felix Leive Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach Bürgermeister
Herr Horst Kienel Berichterstatter
Frau Meike Niemann Rechnungsprüfungsamt
Herr Peter Röckendorf Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Gewährung einer Zuwendung zum Bau einer Hockeyhalle an den THC Ahrensburg **2013/037/1**
4. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013 **2013/051**
 - Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen
5. Verschiedenes
 - e n t f ä l l t -
6. Kenntnisnahmen
 - e n t f ä l l t -

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Einwohnerfragestunde

In einem Leserbrief aus dem März dieses Jahres wurde seitens eines Stadtverordneten der WAB-Fraktion die Idee geäußert, die Südumgehung ähnlich zu finanzieren wie den Kauf des Hauses Bagatelle durch den Bürgerverein (Kredite durch deren Mitglieder). Ein Einwohner fragt nun an, inwieweit dieser Vorschlag ernst gemeint sei.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass es um einen Leserbrief geht. Insofern handelt es sich hierbei um die persönliche Auffassung des Schreibers. Der Einwohner könne selbstverständlich die Frage in der anschließenden Stadtverordnetenversammlung nochmals vortragen.

Es werden keine weiteren Einwohnerfragen gestellt.

3. Gewährung einer Zuwendung zum Bau einer Hockeyhalle an den THC Ahrensburg

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob die im letzten Satz der Sitzungsvorlage erwähnte Nachveranlagung eines Gewerbebetriebes Fakt und ob die Nachveranlagung auf Grundlage einer Betriebsprüfung geschehen sei. Die Verwaltung erklärt, dass bereits ein Messbescheid der Finanzbehörde vorliegt.

Nach kurzer Diskussion wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**4. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013
- Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen**

Sowohl der vorliegende Antrag Nr. AN/017/2013 der Fraktionen CDU und FDP als auch der Antrag Nr. AN/018/2013 der SPD-Fraktion sehen vor, dass die Verpflichtungsermächtigungen für den Bau der Cafeteria an der Grundschule Am Reesenbüttel sowie der Bau eines neuen Sporthallenbodens für die Sporthalle Schulzentrum Am Heimgarten nicht gestrichen werden.

Der Antrag Nr. AN/018/2013 der SPD-Fraktion sieht allerdings vor, dass die VE für die Sanierung des Alten Lokschuppens gestrichen wird. Statt der vorgesehenen Sanierungsvariante 1 würde es ausreichen, die Variante 5 umzusetzen. Hierdurch können Haushaltsmittel von rd. 850.000 € eingespart werden. Der Antrag Nr. AN/017/2013 der CDU-Fraktion sieht neben der Reduzierung der VE für die Erschließung des B-Plangebietes 88 B eine Reduzierung der VE für die Brandschutzsanierung Rathaus vor.

Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass man sich ausführlich mit der Sanierung der P + R-Anlage befasst hat (Sitzungsvorlage Nr. 2012/159). In der damaligen Diskussion und Beratung hätte man sich für die Variante 1 entschieden und dementsprechend seien Haushaltsmittel veranschlagt worden. Insofern wäre erst einmal der alte Beschluss aufzuheben.

Abschließend erklärt Herr Langbehn, dass die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Antrag der CDU- und FDP-Fraktion (Nr. AN/017/2013) folgen werden.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass ein breiter Konsens erzielt wurde, so dass der Bau der Cafeteria an der Grundschule Am Reesenbüttel sowie die Erneuerung des Sporthallenbodens durchgeführt werden können. Weiterhin geht die CDU-Fraktion davon aus, dass alle Maßnahmen, also auch die durch Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung betroffenen Maßnahmen durchgeführt werden können. Es wird lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung kommen.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass bei der Sanierung der P + R-Anlage in Form der Sanierungsvariante 1 auch Fördermittel in Höhe von rd. 1 Mio. € fließen können. Bei der Variante 5 wird es keine Zuschüsse geben. Außerdem handelt es sich hierbei um Aufwendungen, die den Ergebnishaushalt belasten.

Herr Möller merkt an, dass zwar der Bau- und Planungsausschuss lange über die Sanierung des Lokschuppens diskutiert hat. Hierbei ging es aber in erster Linie um die Aufstockung der P + R-Anlage. Er betont nochmals, dass die Variante 5 umsetzbar sei.

Die vom Innenministerium im Zuge der Haushaltsgenehmigung genannten Einwände bedeuten aus seiner Sicht, dass Maßnahmen zu streichen oder, wie im Fall der P + R-Anlage, in einer abgespeckten Variante umzusetzen sind. Sollte es lediglich zu einer Verschiebung von Maßnahmen kommen, werden hierdurch Kreditaufnahmen ausgelöst. Dies würde eine Genehmigung in Folgejahren gefährden.

Er merkt weiterhin an, dass die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung bei der Brandschutzsanierung des Rathauses nicht gekürzt werden sollte, da hierdurch die gesamte Brandschutzsanierungsmaßnahme gefährdet sei.

Auch Herr Sarach betont, dass die Kürzung der VE beim Brandschutz Rathaus nicht sinnvoll sei, da hierdurch die Gesamtfinanzierung der Maßnahme nicht gesichert ist.

Dem wird entgegnet, dass diese Maßnahme in Teilabschnitten umsetzbar sei.

Es wird weiterhin angemerkt, dass bei der Sanierung des Alten Lokschuppens darauf geachtet werden sollte, dass alle problematischen Baustoffe ausgetauscht werden. Dies sei bei Variante 5 nicht gesichert. Es wird in diesem Zuge an die Sanierung des Schulzentrums Am Heimgarten in den 80-er Jahren erinnert.

Bei der Brandschutzsanierung des Rathauses kann lediglich die Ausschreibung zweier Positionen in einem Gesamtvolumen von rd. 420.000 € zeitlich verschoben werden. Insofern müsse bei dem CDU-Antrag die VE um rd. rd. 130.000 € aufgestockt und an anderer Stelle reduziert werden.

Mehrheitlich wird die Auffassung vertreten, dass diese Summe durch eine weitere Kürzung im Bereich der Erschließungskosten für das B-Plangebiet 88 B erzielt werden kann.

Herr Koch formuliert daher einen modifizierten Antrag AN/017/2013.

Dieser sieht vor, dass statt einer Kürzung von 1,25 Mio. € beim B-Plan Nr. 88 A nun eine VE-Reduzierung von 1,38 Mio. € umgesetzt wird. Die Brandschutzsanierung des Rathauses wird lediglich um 420.000 € statt bisher 550.000 € gekürzt.

In diesem Zusammenhang erklärt die Verwaltung, dass die VE im Bereich des Brandschutzes nun wie folgt neu aufgeteilt wird: 1.000.000 € zu Lasten 2014 und 230.000 € zu Lasten 2015.

Abschließend wird über den Antrag Nr. AN/018/2013 der SPD-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

**2 dafür
5 dagegen**

Anschließend wird über den modifizierten Antrag Nr. AN/017/2013 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

4 dafür

3 dagegen

5. Verschiedenes

– entfällt –

6. Kenntnisnahmen

– entfällt –

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Peter Röckendorf
Protokollführer